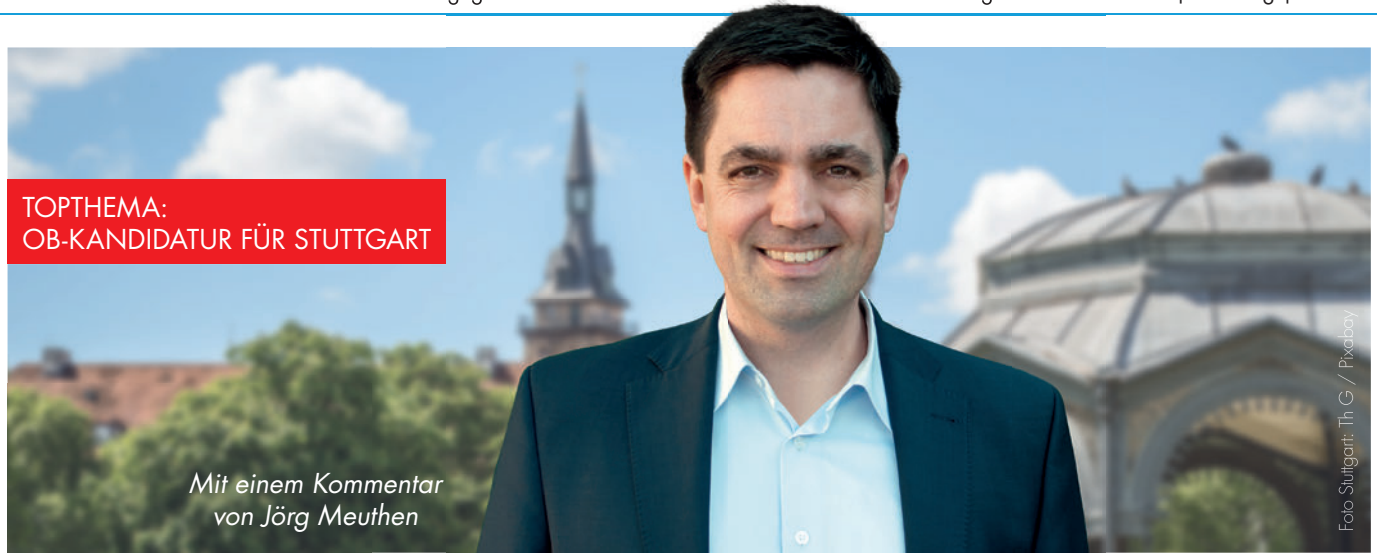
ALTERNATIVE SÜDWEST

Zeitung der AfD Baden-Württemberg

9. Oktober 2020 | Herausgegeben vom Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg | Information | Meinung | Service



Malte Kaufmann kandidiert für die AfD für das Amt des Oberbürgermeisters in Stuttgart

„Stuttgart muss wieder innovativ, sicher und attraktiv werden."

Interview mit dem AfD-OB-Kandidaten Malte Kaufmann

MIT DR. MALTE KAUFMANN, MÜHLHAUSEN

Zum ersten Mal stellt die AfD einen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters in Stuttgart auf. Nach acht Jahren Fritz Kuhn zeigt sich das ganze Versagen der grünen Politik, die Juni-Unruhen und der Arbeitsplatzabbau der Autobranche sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Redaktion hat Malte Kaufmann zu seinen politischen Zielen befragt.

Lieber Malte, du bist der erste Kandidat der AfD für das Amt des Oberbürgermeisters in unserer Landeshauptstadt Stuttgart. Was hat dich zu dieser Kandidatur motiviert?
Die Liebe zu meiner Heimat Baden-Württemberg hat mich zu dieser Kandidatur motiviert. Es tut weh zu sehen, wie Stuttgart in den letzten acht Jahren heruntergewirtschaftet wurde. Ich möchte Stuttgart und damit Baden-Württemberg wieder zu dem Ansehen verhelfen, das es verdient.

Was siehst du als die größten Probleme Stuttgarts?
Ich sehe vor allem vier Punkte: Sicherheit – die Bürger müssen sich wieder zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Angst in der Stadt bewegen können. Dazu der drohende Abbau von Arbeitsplätzen insbesondere in der Automobilbranche, die ungelöste Verkehrssituation und die Wohnungsnot.

> *Ich werde einen regelmäßig tagenden runden Tisch mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern einberufen*

Wie willst du sie lösen?
Ich stehe voll und ganz zur Automobilstadt Stuttgart. Zum Erhalt und zum Ausbau von gut bezahlten Arbeitsplätzen werde ich einen regelmäßig tagen-

Fortsetzung auf Seite 2

IN DIESER AUSGABE

AfD-OB-KANDIDATUR IN STUTTGART 1–3
Interview mit Malte Kaufmann| Kommentar von Jörg Meuthen

AUS DEN PARLAMENTEN 4–7
Stuttgart|Neckar-Odenwald| Kupferzell|Karlsruhe Land|Berlin

DIE GUTE NACHRICHT 8
Aus der CDU in die AfD

AUFGEKLÄRT! 8
10 Jahre „Deutschland schafft sich ab"

Fortsetzung von Seite 1

den runden Tisch mit Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern einberufen. Dazu will ich unsere Stadt attraktiv machen für Neugründungen von Unternehmen und Handwerksbetrieben.

Sicherheit in der Stadt bekommen wir nur mit einer Null-Toleranz-Strategie gegenüber Gewalttätern und Radikalen jeder Coleur. Linksradikalismus ist in der Stadt übrigens ein ganz besonders schwerwiegendes Problem!

Die Verkehrsproblematik lösen wir nicht mit Fahrradwegen. Ich stehe zum Auto, für mehr statt weniger Parkplätze und für bessere Verkehrsanbindungen.

Wohnungsbau kann auf freiwerdenden Arealen (wie beispielsweise denen der US-Kasernen) stattfinden. Das würde den Wohnungsmarkt signifikant entlasten.

> *Ich stehe zum Auto, für mehr statt weniger Parkplätze und für bessere Verkehrsanbindungen.*

Wie willst du den unter den Coronamaßnahmen besonders leidenden Künstlern helfen?
Nicht nur Künstler leiden unter diesen Maßnahmen. Ganze Berufssparten darben oder gehen pleite – wie das Hotel- und Gaststättengewerbe oder die Reisebranche. Ich werde mich als Oberbürgermeister dafür einsetzen, dass sinnlose Maßnahmen aufgehoben werden und die Bundes- und Landesregierung für die Schäden, die sie angerichtet hat, haftet.

> *Fritz Kuhn hat sich viel um Gendersprache, aber kaum um die Sorgen und Nöte der Bürger gekümmert*

Wie beurteilst du die politische Arbeit von Fritz Kuhn?
Als einziges Desaster. Fritz Kuhn hat sich sehr viel um Gendersprache und unsinnige Prestigeprojekte rund um den Klimaschutz gekümmert. Aber die Sorgen und Nöte einer Vielzahl von Bürgern wurden kaum beachtet. Armut und Obdachlosigkeit nehmen zu, Stuttgart verliert sein Erbe als Autostadt und Arbeitsplätze gehen am laufenden Band verloren. Von einem Oberbürgermeister erwarte ich, dass er den Interessen der Bürger seiner Stadt oberste Priorität einräumt.

> *Sinnlose Corona-Maßnahmen müssen sofort aufgehoben werden, damit nicht noch mehr Geschäfte pleite gehen*

Die Grünen verschließen auch in Stuttgart die Augen vor den Realitäten, siehe die Reaktionen auf die Unruhen im Juni. Du gehst diese Probleme anders an?
Ja, unbedingt! Die Verursacher der Gewalttaten müssen klar benannt und harte Konsequenzen gezogen werden. Die Polizei muss mit robusten Maßnahmen gegen Gewalttäter vorgehen. Nur mit „Streetworkern“, wie von den Grünen geplant, bekommt man das Problem nicht in den Griff.

Würdest du mit deiner Familie im Falle deiner Wahl nach Stuttgart ziehen?
Selbstverständlich! Sonst wäre ich auch nicht angetreten.

Die AfD wird ja oft ausgegrenzt und totgeschwiegen. Wie erlebst du diesbezüglich deine Kandidatur und den Wahlkampf?
Ich wurde zu einigen Podiumsdiskussionen eingeladen, die Stuttgarter Nachrichten und selbst der SWR berichten über den AfD-Kandidaten. Natürlich wünsche ich mir eine ausgewogene und faire Berichterstattung. Solange der Rundfunkbeitrag nicht abgeschafft und die Medienlandschaft nicht gründlich reformiert ist, wird es weiterhin gravierende Defizite geben. Deshalb nutzen wir verstärkt die sozialen Medien und dringen so auch ganz gut zu den Bürgern durch.

Ich wurde von einigen Verbänden zu Gesprächen und zu Vor-Ort-Besuchen eingeladen. Das sind gute Entwicklungen. Wir als AfD müssen überall präsent sein und mit allen Gruppen ins Gespräch kommen. Viele sind froh, von uns aus erster Hand zu hören. Auch dazu dient eine solche Kandidatur.

Ergänze bitte diese Sätze: „Ich bin der Richtige für einen politischen Wandel in Stuttgart, weil …“
… in Stuttgart ein frischer Wind wehen muss. In vielen Fragen blasen die anderen Kandidaten alle ins gleiche Horn. Ich werde zu einer vernunftgeleiteten und realistischen Politik zurückkehren.

„Ich freue mich auf das Amt, weil …“
… ich es als meine Aufgabe ansehe, Stuttgart wieder zu der innovativen, sicheren, sauberen und attraktiven Landeshauptstadt von Baden-Württemberg zu machen, die sie bis vor einigen Jahren war.

Lieber Malte, wir danken dir herzlich für das Gespräch und wünschen dir viel Erfolg!

Malte Kaufmann (43) ist in Mannheim geboren und lebt mit seiner Frau und seinen vier Kindern in Mühlhausen bei Heidelberg. Der promovierte Volkswirt ist selbständiger Unternehmer. Nach langjährigem Engagement in der CDU (unter anderem Mitglied des Kreis- und Bezirksvorstandes sowie Mitglied des Landesvorstandes der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung) ist Kaufmann seit 2017 Mitglied der Alternative für Deutschland.

Er ist aktuell Sprecher des AfD-Kreisverbands Heidelberg sowie Vorsitzender der AfD-Fraktionen im Kreistag und in der Verbandsversammlung der Metropolregion Rhein-Neckar. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Kreistages und des Verwaltungs- und Finanzausschusses und nimmt für die AfD mehrere Aufsichtsratsmandate in kommunalen Unternehmen sowie in der Jugendhilfeeinrichtung Stift Sunnisheim wahr. Seine Hobbies sind Familie, Reisen, Wandern, Skifahren und Fußball.

Die Mitglieder der AfD Stuttgart nominierten ihn im Juli zum Kandidaten für die OB-Wahl.

Weniger Brüssel für Stuttgart!

Warum wir dem wachsenden Einfluss der EU auf allen Ebenen entschlossen entgegentreten müssen

Jörg Meuthen ist Bundessprecher der AfD und Delegationsvorsitzender der AfD im Europäischen Parlament

Prof. Dr. Jörg Meuthen, Brüssel/KV Baden-Baden

Obwohl Brüssel geografisch näher an Baden-Württemberg liegt als Berlin, gibt es eine bei vielen verbreitete Neigung, sich mit der Politik der EU, mit den dort getroffenen Entscheidungen allenfalls am Rande zu befassen und sie als weniger wichtig zu erachten als politische Maßnahmen, die im Bundestag oder in den Landtagen beschlossen werden. Doch das darf keinesfalls darüber hinwegtäuschen, wie sehr unser aller Leben durch die Entscheidungen der EU-Institutionen schon jetzt geprägt wird. Und angesichts des immer weiter greifenden Machtanspruchs der Eurokraten wächst deren Einfluss seit Jahren stetig; Berlin und unsere Landeshauptstadt Stuttgart drohen immer mehr zu einer Art Filialbetrieb, zu schlichten Befehlsempfängern der „Zentrale" Brüssel zu werden.

Berlin und Stuttgart werden immer mehr zu schlichten Befehlsempfängern der Zentrale in Brüssel

Die EU baut rapide an ihrer Eigenstaatlichkeit samt Steuerhoheit und ohne das bisher geltende Einstimmigkeitsprinzip. Fernab der Bürger und so gut wie nicht demokratisch kontrolliert werden im Zentrum der EU auch aktuell Weichen gestellt, die von historischer Tragweite sind und die das Leben der Menschen in Europa und in Deutschland massiv und dauerhaft weiter zum Negativen verändern werden.

Da wären die Milliarden des „Recovery Plan", die nun in den Süden der Union gepumpt werden sollen, um die dortigen Länder — unter dem Vorwand der Coronavirus-Pandemie — mit unserem Steuergeld zu entschulden. Die überschuldeten deutschen Kommunen erhalten dagegen keinen einzigen Cent.

Damit nicht genug, plant von der Leyen mit ihrem absurden „Green Deal" nicht weniger als die ganze Welt zu retten. Für das Mantra des „Klimaschutzes" sollen weitere Billionen (!) ausgegeben und unserer Industrie endgültig der Garaus gemacht werden; eine wirtschaftliche Katastrophe, gerade für den Standort Baden-Württemberg, hausgemacht von der EU.

Daneben feilt Brüssel in seinem ideologischen Multikulti-Wahn intensiv an der „Africa Strategy" und einem neuen „Migrationspakt", mit denen der Masseneinwanderung endgültig Tür und Tor geöffnet würde. Unser Heimatland wäre dann in keiner Weise mehr wiederzuerkennen.

Umso wichtiger ist es, dass wir als Alternative für Deutschland gemeinsam mit unseren europäischen Partnern entschlossen gegen diesen Irrsinn vorgehen. *Wir* jubeln nicht, wenn Frau von der Leyen wieder einmal mit dem ihr eigenen Pathos ihre hochtrabenden wie gefährlichen Pläne in Brüssel vorträgt, sondern handeln, um diese zu verhindern — zum Schutz unserer Nationen und Regionen und der Interessen von Ihnen, den Bürgern.

Auch deshalb unterstütze ich die OB-Kandidatur von Malte Kaufmann und wünsche ihm viel Erfolg.

Öffentlicher Raum – aber nicht für die Öffentlichkeit?

Betreten verboten?

Die Bürger sollten die Treppe der neuen John-Cranko-Ballettschule nutzen dürfen

Dr. Rainer Balzer, Bad Schönborn

Ein schöner Anlass für eine Feier, wenn auch in typisch grüner Art: Der biedere Landesvater und sorgfältige Ministerpräsident eröffnet die neue John-Cranko-Ballettschule in Stuttgart. Die geplanten Baukosten: 30 Millionen Euro. Am Ende waren es über 60 Millionen.

Kein Grund für nachdenkliche Mienen, nein, davon lässt sich die schwarz-grüne Politprominenz die Feierlaune nicht verderben. Schließlich kommt der Steuerzahler gerne für die Mehrkosten auf. In bester Lage wurde dieser wunderbare Bau mit sagenhaften 6.000 Quadratmetern auf zehn (!) Stockwerken eröffnet. Prunk und Protz in den luxuriösen Zimmern für achtzig angehende Tänzer aus aller Welt. Werden Studentenwohnheime für angehende Informatiker und Ingenieure auch so hübsch gestaltet?

Überall in Stuttgart bleiben Straßen und Brücken baufällig, erklärtermaßen wollen Stuttgarts Grüne in den Straßenbau für den Individualverkehr nichts mehr investieren, sondern träumen und realisieren dessen Verfall und Rückbau.

Für die Ballettschule hingegen wurde unser Steuergeld sehr großzügig eingesetzt.

Entlang des wuchtigen Neubaus verläuft eine Treppe, die bisher von den Anwohnern genutzt werden konnte. Jetzt, nach Fertigstellung, untersagt der freundliche und üppig entlohnte Intendant den Bürgern die Nutzung dieser Treppe. Natürlich nur aus Sicherheitsgründen.

Grüne Bürgerfreundlichkeit oder Unverschämtheit ohne Grenzen? Erst wird das hart erarbeitete Steuergeld für den Bau von Projekten für eine ausgesprochen kleine Zielgruppe verschleudert und anschließend werden die Anwohner noch genötigt, Umwege in Kauf zu nehmen.

Wer zahlt, darf auch nutzen. Wir fordern: Die Treppe gehört der Öffentlichkeit und muss von jedem Bürger genutzt werden können.

Dr. Rainer Balzer ist kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion und Beisitzer im Landesvorstand

Biotonnenblues

Wenn das Mülltrennen der Umwelt schadet

Tobias Eckert, Neckar-Odenwald

Der Neckar-Odenwald-Kreis schaffte es über viele Jahre, die Einführung einer „Bio-Energie-Tonne“ zu verweigern. In einer ländlichen Region, in der fast jeder einen Komposthaufen im Garten hat, ist sie einfach überflüssig. Schließlich aber wurde der Druck vom „grünen“ Umweltminister Franz Untersteller zu groß, der zudem behauptete, die neue Tonne würde nicht zu drastischen Gebührenerhöhungen führen. Der Kreistag hatte als nur ausführende Gewalt (Exekutive) keinen Spielraum. Wir bekamen die Biotonne – und irgendwer muss natürlich dafür bezahlen.

Damit sie überhaupt genutzt wird, gibt es sie „kostenlos“. Dafür führte man jedoch eine Grundgebühr ein und stellte die Kosten für die Restmülltonnen um. Für Haushalte mit einer

Für den Biomüll fahren jetzt doppelt so viele Müllfahrzeuge herum

60-Liter-Tonne erhöhten sich die jährlichen Gebühren nun um rund 23 Prozent, bei Müllgemeinschaften sogar um mindestens 80 Prozent.

Doch die Grünen jubeln. Damit werde „ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet“ und wir bräuchten „aus ökonomischen und ökologischen Gründen viele Nutzer der Bio-Energie-Tonne bei gleichzeitig sauberster Befüllung.“

Zur September-Sitzung gab es erste Ergebnisse: Der Bio-Abfall stieg von 9,5 kg 2018 auf nun auf 14,2 kg je Einwohner. Pro Jahr! Um jene 14,2 kg Bio-Müll einzusammeln, fahren jetzt doppelt so viele Müllfahrzeuge herum.

Was daran ökonomisch oder ökologisch sinnvoll sein soll und wie das zur Klimarettung beiträgt, wissen nur die Grünen und ihre Koalitionspartner.

Tobias Eckert ist Fraktionsvorsitzender der AfD im Kreistag Neckar-Odenwald

Der einstige Stern am Automobilhimmel wird von grünen Ideologen mit der Abrissbirne traktiert

„Lasst Daimler sterben!“

Die zynische Forderung aus der SPD ist eine Folge des grünen Gifts

Marc Bernhard, Karlsruhe

Während die Altparteien und sonstige „bunte Gruppen“ für angebliche Vielfalt und Toleranz auf die Straße gehen, um die einzig wahre Opposition im Bundestag niederzubrüllen, steht allein in der Automobilbranche jeder zweite Arbeitsplatz vor dem Aus. Wer heute mit Greta Thunberg marschiert, braucht sich also zu nicht wundern, wenn er morgen seinen Arbeitsplatz verliert.

„Transformation“ lautet die politische Maxime, ein hinterhältiger Euphemismus für den massiven Eingriff in unsere wirtschaftliche Freiheit und in unsere ehemals soziale Marktwirtschaft. Die CO_2-Bepreisung ist nichts anderes als eine Besteuerung aller Bereiche unseres Lebens und Arbeitens. Aber die wohlstandsverwöhnte Luisa Neubauer fordert mehr: Sie will von Merkel „noch mehr unbequeme Taten“ sehen.

Das Mercedes-Bashing ist ein ideologischer Feldzug gegen Arbeitnehmer und Unternehmer

„Unbequem“ wird es unserem Mittelstand und unseren Bürgern schon länger. Ob nun Energiesteuer, Ökosteuer, EEG-Umlage, Stromsteuer, EU-Steuern, CO_2-Steuer oder Fahrverbote: Das grüne Gift hat sich längst in allen Bereichen unseres Lebens ausgebreitet und lähmt vitale Funktionen unserer Volkswirtschaft. Beim „Green Deal“ und dem ökosozialistischen CO_2-Ablasshandel mahnen Volkswirte vor massiven „Verteilungsverlusten und Fehlallokationen“.

Bereits 2019 verkündeten weite Teile der Schlüsselindustrien in Deutschland einen Stellenabbau von hunderttausenden Arbeitsplätzen. Daimler vermeldete letzte Woche einen weiteren Stellenabbau von 4.000 Jobs allein am Stammsitz in Stuttgart und auch Mahle, Conti, Schaeffler, ZF Friedrichshafen und alles, was Rang und Namen hat, bricht fluchtartig die Zelte ab. Sogar Ford hat nun erklärt, dass man zwar „die Klimaziele in der EU erfüllen wolle“, dann aber eben die Produktion „zurückfahren und verlagern“ müsse.

Berlins Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann fordert, „der Individualverkehr müsse zurückgedrängt werden“, CSU-Söder will Verbrennungsmotoren komplett verbieten und ein SPD-Funktionär aus NRW fordert ungeniert: „Lasst Daimler sterben“.

Dabei ist dieser plakative Angriff auf den einstigen Stern am Automobilhimmel viel mehr als nur „Mercedes-Bashing“. Er ist ein ideologischer Feldzug gegen die Arbeiter und Unternehmer in unserem Land.

Statt mit Steuern und Verboten kontinuierlich gen Abgrund zu steuern, müssen wir das Steuer herumreißen und dafür sorgen, dass unsere Bürger sofort entlastet und Arbeitsplätze gerettet werden. Im Bundestag habe ich deshalb nicht nur Anträge zur Aufhebung von Fahrverboten und für die Zulassung von alternativen Kraftstoffen eingebracht, sondern nun auch die Abschaffung der EEG-Gesetze, damit private und unternehmerische Stromkunden entlastet werden. Ebenso habe ich einen Antrag mit dem Titel: „Wohlstand und Umweltschutz ermöglichen, Green Deal beenden!“ im Bundestag auf den Weg gebracht.

Wir dürfen keine juristische und keine parlamentarische Möglichkeit ungenutzt lassen, um die grüne Abrisspolitik zu beenden. Arbeitsplätze, die abgebaut werden und Wertschöpfungsketten, die einmal verlagert wurden, kommen nie wieder zurück.

Den Kampf für den zukünftigen Wohlstand unserer Kinder gewinnen wir heute – oder nie mehr.

Marc Bernhard (48) ist Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im Landesvorstand

IMPRESSUM
Landesvorstand der
AfD Baden-Württemberg
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

Die Beiträge geben grundsätzlich die Meinung der Autoren wieder.

Der „Netzbooster“ (Visualisierung) in Kupferzell – so groß wie ein Möbelhaus

Brandgefährlicher „Netzbooster“

Kupferzell als Versuchsfeld für Lithium-Eisenphosphat-Technologie?

Thomas Palka, Schwaigern

In den letzten Ausgaben dieser Zeitung berichteten wir über die Erdkabel-Stromtrasse „SuedLink“. Nun steht uns mit dem geplanten Bau des Netzboosters in Kupferzell das nächste Desaster grün-schwarzer Energiepolitik ins Haus: Die Riesenbatterie soll in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung errichtet werden.

Den Bürgern erzählt man, dass der Netzbooster nötig sei, um den erhöhten Ausbauzielen für erneuerbare Energien gerecht zu werden und damit den erforderlichen zusätzlichen Netzausbau – also Stromtrassen – zu minimieren. Der Riesen-Stromspeicher ist jedoch nichts anderes als ein Notbehelf zur Netzstabilisierung. Dabei musste den Verantwortlichen klar gewesen sein, dass der „Flatterstrom“ aus erneuerbaren Energien niemals grundlastfähig sein kann. So entsteht der Verdacht, dass sich die Profiteure der fehlgeleiteten Energiepolitik mit diesem „Leuchtturmprojekt der Energiewende“ ein weiteres, sehr lukratives Geschäftsfeld auf Kosten der Stromkunden und insbesondere auf Kosten der Kupferzeller erschließen wollen.

Bei der Wohnbevölkerung bildet sich nun Widerstand. Denn für diesen geschätzt 188 Millionen Euro teuren 250-Megawatt-Akku existiert – schon aufgrund seiner weltweit einmaligen Größe – kein maßstabgerechtes Sicherheitskonzept. Was will man im Falle eines Brandes dieser Batterie, die mit einer Fläche von sieben Fußballfeldern größer als ein ganzes Möbelhaus wäre, denn machen? Einen brennenden Lithium-Akku kann man nicht löschen, höchstens kühlen. Wie will man den Austritt gewaltiger Mengen hochtoxischen gasförmigen Fluorwasserstoffs aus der Riesen-Lithium-Eisenphosphat-Batterie verhindern? Das Einatmen würde zu Lungenverätzungen mit Todesfolge führen. Wie will man eine Batterie dieser Größenordnung im Brandfall mit Löschwasser kühlen, wenn doch Fluorwasserstoff in Verbindung mit Wasser zu hochtoxischer Flusssäure reagiert? Wie will man das verseuchte Wasser auffangen, um Bevölkerung und Umwelt zu schützen? All diese Fragen sind bisher unbeantwortet. Ebenso die nach der Ökobilanz, über die ich demnächst hier berichte.

Auch ich bin für eine Energiewende – aber hin zur Vernunft. Statt Ideologie und Verblendung brauchen wir eine vernunftgeleitete und faktenbasierte Energiepolitik.

Thomas Palka ist Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Eppingen

Ungenügende Notfallplanung für den Blackout

Dr. Rainer Balzer, Bad Schönborn

Als hochtechnisierte Industrienation sind wir auf eine zuverlässige Stromversorgung angewiesen. Durch die Sprengung der Kühltürme des Kernkraftwerkes in Philippsburg ist sicherer Strom in unserer Region nicht mehr gewährleistet.

Am 16. Januar dieses Jahres, zwei Wochen, nachdem Philippsburg vom Netz genommen wurde, habe ich deshalb im Namen der Kreistagsfraktion eine Anfrage zur Notfallplanung bei längerem Stromausfall eingereicht.

Nach acht langen Monaten erhielten wir endlich die Stellungnahme des Landratsamtes. Sie fiel nach der coronabedingt absurd langen Beantwortungszeit ernüchternd aus. Bürger, die

Für die Bewohner städtischer Regionen sieht es nicht gut aus

privat Vorkehrungen getroffen haben, können ein paar Tage ausharren. In städtischen Wohngebieten, in Mehrfamilienhäusern mit ausgefallener Fernwärme sieht es für die Bewohner deutlich schlechter aus.

Detaillierte Informationen, die Darstellung der geplanten und in Übungen schon vorexerzierten Maßnahmen erhalten Sie in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung.

Dr. Rainer Balzer ist Kreisrat im Landkreis Karlsruhe

Mit dem AKW Philippsburg wurde im Mai 2020 auch die Sicherheit der Stromversorgung weggesprengt

Die Schweizer Landsgemeinde ist Vorläufer der Volksabstimmung und existiert seit 1275 bis heute – hier 2014 in Glarus

Von der Schweiz lernen

In Deutschland wird Politik traditionell von oben nach unten gestaltet. Wir müssen jedoch mehr direkte Demokratie wagen

Thomas Seitz, Kappel-Grafenhausen

Am 27. September haben die Schweizer über fünf Gesetzes-Vorlagen abgestimmt: Begrenzung der Zuwanderung, eine Änderung des Jagdgesetzes, steuerliche Erleichterungen für Eltern, Vaterschaftsurlaub und die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Damit ist die Schweiz, die schon im April ihre Exitstrategie für den Lockdown verkündet hatte, wieder zur politischen Normalität übergegangen.

Von dieser Normalität können wir Deutschen leider nur träumen. Wir haben nach den Anti-Lockdown-Demonstrationen in Berlin vor Augen geführt bekommen, dass verbriefte Grundrechte von Zeit zu Zeit von den Bürgern eingefordert werden müssen. Während es auf der einen Seite „gute“ Demonstrationen gibt (Black Lives Matter), wurden die Anti-Lockdown-Demos, vor allem die vom 29. August in Berlin, von der polit-medialen Klasse als „böse“ Demonstrationen klassifiziert. Wenig wundert es deshalb, dass letztere sogar schon im Vorfeld massiv juristisch bekämpft wurden – von denjenigen, die das Wort Demokratie zwar bei jeder Gelegenheit im Munde führen, aber de facto nicht gewillt sind, damit Ernst zu machen.

Hätte die Grenzöffnung 2015 stattgefunden, wenn man das Volk dazu gefragt hätte?

Deutschland wählt alle vier Jahre die Bundestagsabgeordneten, die dann für den Bürger über die Gesetzgebung entscheiden. Ob dadurch der Volkswille wiedergegeben wird, sei dahingestellt, aber hätte die Einführung des Euro oder die Grenzöffnung 2015 so stattgefunden, wenn man das Volk dazu gefragt hätte? Dabei sind Abstimmungen laut Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes ausdrücklich vorgesehen.

Was in der Schweiz als selbstverständlicher Ausdruck des Volkswillens gilt, nämlich bei wichtigen Entscheidungen mitbestimmen zu können, wird uns Deutschen unter Verweis auf die repräsentative Demokratie versagt. Erst 2016 sagte NRW-Ministerpräsident und möglicher Merkel-Nachfolger Armin Laschet: „Volksentscheide wird es nie und nimmer mit der CDU Deutschland geben“. Dass eine solche Äußerung nahezu widerspruchslos hingenommen wird, zeugt von der langen Tradition, Politik in Deutschland von oben nach unten zu gestalten. Damit das auch funktioniert, hält ein politisch agierender Verfassungsschutz neue Konkurrenz klein, und wenn das schiefgeht, wird auf Geheiß der Kanzlerin auch schon einmal ein Wahlergebnis rückgängig gemacht.

Für uns als Alternative für Deutschland gehört die direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild zu den Kernforderungen. Volksabstimmungen sind zur Ergänzung der repräsentativen Demokratie umso wichtiger, je mehr das Parlament seiner Kontrollfunktion über die Regierung nicht nachkommt und der Schwerpunkt für politische Entscheidungen in Richtung Chefredaktionen und Talkshows abwandert. Wird kein Gegengewicht durch Volksabstimmungen geschaffen, haben bald weder Parlament noch „Volk“ das Sagen. Diese Lücke füllt dann die EU, die uns noch mehr Zensur in den sozialen Medien verordnet.

Unser Gesetzentwurf (Drs.-Nr. 19/12371) im Bundestag zur Einführung der direkten Demokratie wurde im August 2019 von allen übrigen Fraktionen abgelehnt, was uns jedoch nicht davon abhalten kann, weiter für dieses Ziel zu kämpfen.

Wir brauchen nicht mehr EU für die Schweiz, sondern mehr Schweiz für Deutschland und die EU.

Hopp Schwiiz!

Thomas Seitz ist Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Emmendingen-Lahr und stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe

Martin Kriechbaum, Karlsruhe

Zehn Jahre nach Erscheinen von Sarrazins Millionen-Bestseller und der Dauerdiffamierung des Buches sollte man beim Lesen eine islamophobe Hetzschrift erwarten. Stattdessen aber findet man eine sachliche, mit einer Fülle von Statistiken und Fachliteratur belegte, bis heute gültige sozialwissenschaftliche Analyse.

Sarrazin brachte das Unbehagen angesichts der Veränderungen des Landes in die Form eines politischen Forderungskatalogs. Die hohen Verkaufszahlen des Buches und die anhaltende öffentliche Debatte zeigten die enorme Resonanz und Zustimmung in der Wählerschaft. Aber weder Bundesregierung noch Opposition machten sich Sarrazins Standpunkte zu eigen. Ein von einem großen Teil der Bürger perzipiertes Problem wurde von keiner im Parlament vertretenen Partei als dringlich angesehen – es öffnete sich eine politische Repräsentationslücke.

Sarrazin formulierte in seinem Buch Ansichten, die mit dem Weltbild der etablierten Parteien und Medien nicht vereinbar waren. „Unruhestifter“ wie ihn musste man also künftig anders behandeln: ihnen kein Forum mehr bieten, ihre Standpunkte totschweigen.

Heute bleiben die etablierten Parteien in Talkshows und Nachrichten unter sich und diskutieren bestenfalls über Nuancen, während Befürworter einer alternativen Politik fast vollständig ausgegrenzt sind. Die mediale Repräsentationslücke klafft heute weiter denn je.

Martin Kriechbaum ist Mitglied im KV Karlsruhe und Diplom-Volkswirt im Bereich des Controlling

DIE GUTE NACHRICHT

Mit Haltung aus der CDU in die AfD

Der ehemalige Lüdenscheider CDU-Beigeordnete Thomas Ruschin ist Mitglied der AfD geworden. Seinen Austritt aus der CDU erklärte er als Protest gegen die derzeitige Politik der CDU-Führung. Die Redaktion hat mit dem 47-jährigen Rechtsanwalt gesprochen.

Ihr Parteiwechsel hat Wellen geschlagen. Wie geht es Ihnen dabei?
Mir geht es gut. Eine solche Entscheidung trifft man nicht leichtfertig, sondern wohlüberlegt. Die CDU bot für mich als Konservativen einfach keine politische Heimat mehr.

Sie schreiben auf Facebook: „Und am vorläufigen Ende steht ‚Moria‘ und damit der Verstoß gegen die Aussage, dass sich ‚2015 nicht wiederholen dürfe‘.“ Was hat Sie dazu veranlasst?
Die große Mehrheit der CDU nimmt die Brandstiftung in Moria kommentarlos hin. Dass Deutschland in Europa isoliert ist und indirekt Menschenschmuggler fördert, wird übersehen.

Bereuen Sie es, seit 1990 in der CDU gewesen zu sein?
1990 war die CDU eine ganz andere Partei. Ich habe mich immer den konservativen Kreisen verbunden gefühlt, Heinrich Lummer und Alfred Dregger waren meine Vorbilder. Angela Merkel hat von dieser CDU nichts mehr übriggelassen.

Sie haben ein Eintrittsgesuch bei der AfD in Berlin gestellt. Welche Ereignisse beförderten ihre Entscheidung, die Partei zu wechseln?
Moria war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Darüber hinaus gab es Vorgänge, bei denen ich die Reaktionen der CDU-Spitze nicht mehr nachvollziehen konnte: die Ereignisse in Thüringen, die Wahl einer linksextremistischen Verfassungsrichterin in Mecklenburg-Vorpommern, der schleichende Einstieg in eine europäische Verschuldung. Dafür werden noch mehrere Generationen nach uns bezahlen müssen.

Thomas Ruschin: bisher CDU, heute AfD

Haben Sie Angst vor Nachteilen im Beruf oder im Privatleben?
Das kann natürlich passieren. Unsere Gesellschaft ist ja intoleranter und aggressiver geworden. Unsere Demokratie erscheint auf dem Rückzug.

Die AfD steht unter dem Eindruck heftiger Flügelkämpfe. Falls Sie das verfolgt haben, was ist Ihr Ratschlag?
Ruhe bewahren. Toleranz üben. An den Zusammenhalt erinnern. Die Angriffe hören irgendwann auf. Der Gegner steht außerhalb!

Sie stehen laut Medienberichterstattung kurz vor der Abberufung als Beigeordneter. Wie geht es dann für Sie weiter?
Als Wahlbeamter hat man nur ein bestimmtes Zeitfenster seines Lebens verplant. Dass sich politische Rahmenbedingungen verändern, ist der Normalzustand. Ich habe in Berlin eine Rechtsanwaltszulassung, die ich zu keinem Zeitpunkt aufgegeben habe. Ich verfüge also über etwas, das viele Politiker heute nicht mehr vorweisen können: einen ordentlichen Beruf.

Was wünschen Sie sich von Ihrer neuen Heimatpartei?
Dass sie sich Frische, Bürgernähe und Unverbrauchtheit bewahrt.

Sehr geehrter Herr Ruschin, wir danken Ihnen herzlich für das Interview.